**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
**Band:** 83 (1989)
**Heft:** 12

**Rubrik:** Gelesen

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 09.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Gelesen

*«Es gibt keine Logik des gesellschaftlichen Zerfalls. Genausowenig indessen eine Logik der Befreiung. Darin liegt das Vertrackte wie das Spannende an der aktuellen Konstellation.»*
Daniel Vischer

## Ein nachdenklicher Nachbar

Bald zwei Amtsdauern lang sitze ich jetzt im Zürcher Kantonsrat neben Dani Vischer. Seit der Neuwahl von 1986 ist er dort der letzte POCH-Vertreter. Das drängt ihn zwar als markanten Parlamentarier nicht ins Abseits. Rhetorisch brillant sind seine Stellungnahmen nach wie vor. Aber seltener. Dafür fragten wir etwas häufiger nach dem Sinn unserer Tätigkeit. Wobei es eigentlich kaum richtige Fragen waren oder Antworten gar, viel eher Sprüche. Zwischendurch. Wenn sich wieder eine der grossen Debatten um fast nichts drehte und als Ritual ohne Resultat blieb.

Einmal, im Frühjahr, zeigte mir der Nachbar einen Text, den er für Diskussionen mit Freunden von der POCH entworfen hatte. Sein provisorischer Titel: «Manifest der Verlierer». Es klangen darin Zweifel an, die ich auch von mir selbst und aus meinem sozialdemokratischen Umfeld kannte: Ob heute der Sozialismus noch glaubhaft als Alternative gegen den Kapitalismus gestellt werden könne. Was von den alten Utopien und Gewissheiten übriggeblieben sei. Ob die ganzheitlichen Lösungsmodelle vielleicht überhaupt verabschiedet werden müssten.

## Analyse der Ohnmacht

Nun liegt als Collage mit Texten von fünf Autoren – nur Männern – vor, was aus den Gesprächen einer doppelt so grossen Gruppe im Laufe eines Jahres herauswuchs: «Zwischenhalt auf dem Weg zu einem politischen Neuanfang». Wobei nicht an eine Fortsetzung in der POCH als Partei gedacht ist. Dort gebe es nach zwanzig Jahren definitiv kein «Weiter so». Eher noch sehen die Herausgeberinnen und Herausgeber bei der «grünen Bewegung im umfassenderen Sinn» eine reale Kraft, welche «zur Trägerin der angestrebten politischen Konzeption» werden könnte.

Risikogesellschaft, Krise des Sozialstaates bei uns und soziale Katastrophe im Trikont – alles ist deutlicher sichtbar denn je. Gefährdet sehen sich nachgerade alle. Und gleichzeitig hilflos: «Kein Ausbruch scheint mehr möglich aus der allumfassenden Logik des Profits und der Eigentätigkeit hochdifferenzierter Apparate. Die Entpersonifizierung der Macht in anonymen Strukturen verunmöglicht es, die Verantwortung für negative Entwicklungen personell festzumachen.» Achselzuckend wird die Verantwortung ans System delegiert.

Dort sieht es speziell schlimm aus: «Die politische Sphäre ist für etwas zuständig, worüber sie keine Kontrolle besitzt, worüber ihr die Einflussmöglichkeiten entgleiten.» Längst ist der «Marsch durch die Institutionen» versandet, weil diese sich als Sandburgen erwiesen, Apparate neben anderen, zunehmend bedeutungsloser: «Die wirkliche Massenbewegung heute ist Abkehr von Politik, Wahlabstinenz, panem et circenses.» Es gibt die Politik als den öffentlichen Ort der Entscheidung, der Auseinandersetzungen und der Konsenssuche nicht mehr, «auch wenn er mittels Medieninszenierungen als solcher weiterhin krampfhaft simuliert wird». Voraussetzung für jedes Handeln mit Perspektive wäre eine «Renaissance des Politischen».

## Von der Pattsituation ...

Endgültig entschieden sei noch nichts. «Zwischen einer gewachsenen Einsicht in die irreversiblen Folgen der Zerstörung elementarer Lebensgrundlagen und einem wohlstandsverliebten Festhalten am expansiven Fortschritt» gebe es bei uns heute ein Patt. Die kritischen Untertöne wären schon Bestandteil des Krisenmanagements, welches sich aber weitgehend auf technische

Lösungen beschränke, mit der Option Polizeistaat im Hintergrund.

Gleichzeitig erweisen sich fundamentalistische Gegenstrategien, welche «der Allmacht der Technik einfach die Reinheit der Natur gegenüberstellen», als harmlos und falsch zugleich. Es ginge darum, die Weichenstellungen für Forschung und Produktion wieder in einen öffentlichen Diskurs einzubeziehen, im Idealfall die Betroffenen entscheiden zu lassen, ob eine Technik angewandt wird. Für die Unterbindung lebensfeindlicher technologischer Entwicklungen kommt diese Einflussnahme immer zu spät, wenn nicht die «Beweislastumkehr zuungunsten der Risikoproduzenten» durchgesetzt wird.

Mit dem Anwachsen der ökologischen, atomaren, chemischen und genetischen Gefahrenpotentiale, die Ulrich Beck in seiner Analyse der modernen Risikogesellschaft von den Risiken der klassischen Industriegesellschaft unterscheidet, werden die örtlichen, zeitlichen und sozialen Grenzen endgültig gesprengt: «Der Generationenvertrag wird zerstört.»

## ... zum neuen Gesellschaftsvertrag

In dieser neuen Situation ist nach neuen Formen der politischen Interessenwahrung zu fragen, wenn die Gestaltung künftiger Lebensbedingungen sowie die Abgrenzung kollektiver und privater Verhaltensweisen nicht allein ökonomischer Rationalität überlassen werden soll. Von den Autoren wird dafür die Formel vom «neuen Gesellschaftsvertrag» vorgeschlagen. Eine noch auszuhandelnde Übereinkunft über Güter materieller und immaterieller Art, die unverzichtbar sind und deshalb gesellschaftlich-kooperativ zu erzeugen, zu erhalten, zu schützen und zu achten wären.

Darüber gilt es «in möglichst direkter, nichthalbierter Öffentlichkeit» zu diskutieren. Wobei da die Medien mit ihrem Beitrag zur allgemeinen Unübersichtlichkeit eher im Weg sind. Ebenso manch eine Frontstellung aus den politischen Auseinandersetzungen vergangener Jahrzehnte. In einer offenen Gesellschaft müssten über den notwendigen Konsens hinaus verschiedene Lebensentwürfe möglich bleiben: «Machtbeziehungen werden nicht verschwinden, Interessengegensätze sich nicht in Luft auflösen.» In einem System von wechselnden Koalitionen wären aber bessere Formen der Konfliktregelung zu finden.

Es werden unter anderem die folgenden Punkte genannt, über die Einigkeit bestehen müsste: Notwendigkeit eines dringenden Eingreifens, Ablehnung einer autoritären Verwaltung der Katastrophe, Notwendigkeit eines Konsenses über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anstelle der Utopie einer Neuorganisation der Wirtschaft, gewaltfreie oder zumindest gewaltarme Austragung von Widersprüchen, engagierter Antirassismus.

Es ist noch zu spüren – die Autoren gehören zur Gruppe, die einmal wie folgt umschrieben wird: «Die 68er-Generation, insofern sie sich zurecht nicht von dieser distanziert hat.» Aber nicht nur ihr wird empfohlen, diesen Weg zu versuchen. Die neue Politik brauche auch die neuen Kräfte aus der Frauenbewegung, der grünen Bewegung, der nonkonformen städtischen Szene. Diese dürften sich nicht «als das gänzlich andere missverstehen» und aus dem institutionellen Kuddelmuddel heraushalten wollen: «Sie müssen am Tisch, wo der Diskurs geführt wird, Platz nehmen.»

## Hoffnung doch erlaubt?

Ja. Aber wo denn, wie denn, wann denn? Ich habe das meinen Nachbarn noch nicht zu fragen gewagt, ihm erst gesagt, dass ich die Broschüre mit Interesse las, sie – abgesehen von einigen sprachlichen Gestelztheiten – als Anstoss in einer wachsenden Orientierungslosigkeit gut finde, einer gründlichen Auseinandersetzung wert. Irgendwie fehlt in der Geschäftigkeit eines Parlamentes auch die Ruhe, über so etwas zu reden. Hoffnungen auf eine neue Politik werden da nicht beflügelt, eher wachsen wieder Zweifel. Doch wenn ich dieser Tage höre und lese, was sich in einem vermeintlich völlig erstarrten Land wie der DDR plötzlich bewegt und verändert, sollte ich wohl auch nichts zu leicht als hoffnungslos abtun.

Hans Steiger

Politische Sequenz I: «Neuer Gesellschaftsvertrag», Ein Manifest. Zürich 1989. 58 Seiten, Fr. 10.–. Bezug: NG-Forum, Postfach 539, 8026 Zürich.